

Andre Steiner

Einkommen in den Ostblockländern. Annäherungen an einen Vergleich

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1094>

Reprint von:

Andre Steiner, Einkommen in den Ostblockländern. Annäherungen an einen Vergleich, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 227-247

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Andre Steiner (2005), Einkommen in den Ostblockländern. Annäherungen an einen Vergleich, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1094>

Ursprünglich erschienen als: Andre Steiner, Einkommen in den Ostblockländern. Annäherungen an einen Vergleich, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 227-247

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/
Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 17226 (HISD)ZEF

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

Inhalt

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde

Einleitung 9

Klaus Tenfelde

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“
20. Jahrhunderts..... 17

Peter Hübner

ERSTE SEKTION:
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

Dietrich Beyrau

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze 71

Lenka Kalinová

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen
Bulgarien?..... 109

Dragoş Petrescu

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class' „Paradise“:
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

Anikó Eszter Bartha

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and
Experience in Hungary 141

Simone Barck/Dietrich Mühlberg

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung 163

Rainer Gries

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

Jennifer Schevardo

ZWEITE SEKTION:
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ 215

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern. Annäherungen an einen Vergleich	227
--	-----

Peter Hübner

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter in Ländern des sowjetischen Blocks.....	249
--	-----

Annette Schuhmann

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“. Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betriebspolitischer Traditionen?	271
---	-----

Małgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“	291
---	-----

József Ö. Kovács

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der Mikro- und Makrogeschichte.....	319
---	-----

Mary Fulbrook

DRITTE SEKTION: Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen Einführung.....	347
--	-----

Helke Stadtland

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression
im Wandel 383

Bernd Gehrke

Weichenstellungen zum Disparaten.
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 425

Mark Pittaway

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary 453

Peter Heumos (München/Moosburg)

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 473

Anhang

Autorenverzeichnis 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis 512

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern. Annäherungen an einen Vergleich

Der Entwicklung der Einkommen in den Ostblockländern lag ein Widerspruch zwischen den ideologischen und legitimatorischen Grundlagen des ihnen eigenen staatssozialistischen Systems auf der einen und den wirtschaftlichen Erfordernissen auf der anderen Seite zugrunde. Die in diesen Staaten herrschenden kommunistischen Parteien vertraten den Anspruch, die sozialistische Utopie von materieller Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklichen zu können. Jedoch wurde diese Idee von den Führungen jener Parteien auch instrumentalisiert, um ihre Macht zu legitimieren. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit faszinierte an dieser Vision besonders die Annahme, auf der Basis gesellschaftlichen Eigentums und gesamtwirtschaftlicher Planung Vollbeschäftigung garantieren zu können. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurde für den Staatssozialismus zu einem wesentlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziel und damit zu einer weiteren legitimatorischen Grundlage. Auf dem sozialisierten Eigentum an den Produktionsmitteln beruhte auch die Vorstellung, daß die Arbeitskraft – im Unterschied zum Kapitalismus, für den das Marx herausgearbeitet hatte – ihren Warencharakter verlieren werde. Da alle Gesellschaftsmitglieder Eigentümer der Produktionsmittel seien, mußten sie ihre Arbeitskraft nicht mehr an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der damit letztlich zu verwirklichende Gleichheitsanspruch war jedoch nicht absolut, sondern stand latent im Widerspruch zu dem Erfordernis, auch in diesem als Alternative zur liberalen Wettbewerbswirtschaft gedachten System Wirtschaftswachstum inklusive Produktivitätssteigerung zu gewährleisten.

Das dafür Leistungsanreize vonnöten waren, zeigte sich sehr schnell, nachdem in fast allen diesen Ländern kurz nach der Machtergreifung der kommunistischen Parteien zunächst solche Gleichheitsansprüche mehr oder weniger radikal von unten – also meist den Arbeitern – oder von oben – also den Parteiführungen – durchgesetzt worden waren, was sich beispielsweise in der Abschaffung der verhassten Arbeitsnormen in der Industrie niederschlug. Jedoch erwies sich die ursprüngliche Annahme, daß vergesellschaftetes Eigentum bei den Produzenten ein Eigentümerbewußtsein und damit ein unmittelbares Interesse an Leistungssteigerungen – faktisch einen neuen Menschen – schaffe, als falsch. Schließlich war die Vergesellschaftung eine Fiktion, real handelte es sich um staatliches Eigentum, so daß die Erträge den Produzenten auch nicht unmittelbar zugute kamen. Deshalb benötigte

man letztlich doch Leistungsanreize, die wiederum Ungleichheit implizierten. Insofern stand in den staatssozialistischen Ländern immer ein latenter ideologisch grundierter, aber durchaus auf politische und wirtschaftspolitische Entscheidungen durchschlagender Egalitarismus dem pragmatischen, Einkommensdifferenzen erfordernden „Leistungsprinzip“ gegenüber. Dessen Umsetzung erwies sich angesichts der Vollbeschäftigung als schwierig. Wirtschaftliche Anreize, wie die Bezahlung nach der Leistung, mußten eine bestimmte Höhe erreichen, um wirksam zu werden. Der Spielraum dafür war aber zum einen dadurch begrenzt, daß dem System eine auf Gleichheit zielende Utopie zugrunde lag. Zum anderen ergaben sich aus der tendenziellen Bevorzugung der Investitionen zum Nachteil der Konsumtion makroökonomische Restriktionen. Die um die Arbeitskräfte konkurrierenden Betriebe fanden jedoch Wege, diese Grenzen zu umgehen. Höhere Einkommen wirkten damit aber nur begrenzt leistungssteigernd, auch weil infolge der strukturellen Präferenz für die Investitionen die Beschäftigten ihren Konsumbedarf wegen des mangelhaften Warenangebots nur unzureichend befriedigen konnten.

Diese grundsätzlich in allen Ostblockländern wirksamen Zusammenhänge und Probleme hatten im Einzelfall von den jeweiligen besonderen Bedingungen abhängige spezifische Ausprägungen. Im vorliegenden Aufsatz soll versucht werden, die Konsequenzen quantitativ vergleichend an Hand der in der Literatur vorliegenden Ergebnisse zu skizzieren. Dabei geht es vor allem um drei Problemkomplexe und ihre Zusammenhänge. Erstens sind die vorliegenden Angaben zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Länder im Vergleich untereinander und in Relation zu westlichen Industrieländern zu betrachten. Gleiches ist zweitens für die individuellen Einkommen in Angriff zu nehmen. Drittens soll die Entwicklung der Einkommensverteilung in den einzelnen Ländern untereinander und mit den westlichen Industrieländern verglichen werden. Die Entwicklung sowohl der Einkommen als auch der Einkommensverteilung wird sodann ins Verhältnis zu der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Länder gestellt. Die diesen quantitativen Prozessen zugrundeliegenden historischen Abläufe können hier nur angedeutet werden. Um diese detailliert darstellen zu können, bedarf es noch erheblicher Forschungsanstrengungen; außerdem setzt der hier zur Verfügung stehende Raum Grenzen. Da die vorhandenen Daten für Rumänien und Bulgarien nicht ausreichen, konzentriert sich die vorliegende Darstellung auf die verbleibenden europäischen Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, im westlichen Sprachgebrauch COMECON). Es handelt sich dabei um die DDR, Polen, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn. Eine weitere Einschränkung ist eingangs vorzunehmen: Weder bei den Einkommen noch bei der Einkommensverteilung konnten die in den staatssozialistischen Ländern nicht unwichtigen Einkommensbestandteile berücksichtigt werden, die nicht oder nur begrenzt monetär vermittelt waren und im Zusammenhang mit der Verteilung knapper Güter standen.

Einleitend sei auch darauf verwiesen, daß der Vergleich von Angaben zum Bruttoinlandsprodukt oder zur Höhe der Einkommen zwischen verschiedenen Ländern eine Reihe grundlegender Probleme aufwirft, die hier nicht ausführlich erörtert werden können. Erstens ist sicherzustellen, daß die Abgrenzung der Einkommen selbst für die verschiedenen Länder identisch ist, da die zugrundeliegenden Kategorien jeweils unterschiedlich definiert wurden. Zweitens erhebt sich die Frage, wie die Einkommensangaben als Nominalwerte in den jeweiligen Landeswährungen vergleichbar gemacht werden sollen. Prinzipiell können dafür

die Wechselkurse der Währungen herangezogen werden. In den hier interessierenden Ländern waren als Staatshandelsländer mit Außenhandels- und Devisenmonopol die Wechselkurse in der Regel – mehr noch als dies in westlichen Ländern auch vorkommt – Gegenstand politischer Entscheidungen. Darüber hinaus bilden Wechselkurse – selbst wenn sie vollkommen frei am Markt entstehen – die Kaufkraftverhältnisse nur für die gehandelten Güter ab. Diese entsprechen aber keineswegs dem für einen Vergleich individueller Einkommen relevanten Warenkorb. Deshalb werden in der Literatur Kaufkraftparitäten bestimmt, mit denen dann die länderspezifischen nominalen Angaben in einen einheitlichen Maßstab gebracht und verglichen werden können. Die verschiedenen Schwierigkeiten bei diesen Verfahren wurden in der Literatur ausführlich erörtert und sollen hier nicht näher behandelt werden.¹

Als Indikator für die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Länder soll zunächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Kopf der Bevölkerung verglichen werden. Es liegen verschiedene Versuche vor, das Pro-Kopf-BIP für die mittel- und osteuropäischen Länder komparativ zu schätzen. Dabei ist auf die beiden Projekte einzugehen, die international vergleichbare Daten zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder präsentieren. Für die Daten der sogenannten Penn World Table bezüglich der staatssozialistischen Länder ist in der Literatur der Nachweis geführt worden, daß sie deren Wachstum überschätzen.² Zudem sind die Relationen der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder zueinander mit den qualitativen historischen Befunden über deren wirtschaftliche Verhältnisse nicht in Übereinstimmung zu bringen. In deren Licht erscheint es gänzlich unplausibel, daß das Pro-Kopf-BIP der Tschechoslowakei in den siebziger und achtziger Jahren niedriger als das von Polen, Ungarn und der Sowjetunion gewesen sein soll oder daß das der UdSSR nicht nur höher als das der ČSSR, sondern auch als das von Ungarn gewesen sein soll.³ Aus diesen Gründen werden die Werte der Penn World Table hier nicht weiter betrachtet.

Das andere Projekt, das international vergleichbare Daten bereitstellt, beruht auf den Untersuchungen von Angus Maddison, die im Groningen Growth and Development Centre (Niederlande) weitergeführt werden. Maddison zog als Grundlage für seine Schätzungen der Leistung der osteuropäischen Länder die Arbeiten von Thad Alton und seiner Mitarbeiter heran, die diese auf Basis einer einheitlichen Methodik seit Anfang der sechziger Jahre nach westlichen Maßstäben für alle Länder bestimmt hatten.⁴ Für die DDR wurde nach deren Zusammenbruch auf der Basis von Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem

1 Vgl. u. a. Stanley L. Engerman, *The Standard of Living Debate in International Perspective. Measures and Indicators*, in: Richard H. Steckel/Roderick Floud (Hg.), *Health and welfare during industrialization*, Chicago 1997, S. 17–46; Angus Maddison, *Monitoring the World Economy 1820–1992*, Paris 1995; Paul Marer/Janos Arvay/John O'Connor/Martin Schrenk/Daniel Swanson, *Historically Planned Economies. A Guide to the Data*, Washington D.C. 1992; Leandro Prados de la Escosura/Isabel Sanz, *Historical Comparisons of Income. A Short-Cut Approach*, in: *Historical benchmark comparisons of output and productivity (Proceedings Twelfth International Economic History Congress, Madrid 1998: B10)*, Sevilla 1998, S. 31–47.

2 David F. Good/Tongshu Ma, *The economic growth of Central and Eastern Europe in comparative perspective 1870–1989*, in: *European Review of Economic History* 3, 1999, S. 103–137, hier: S. 109.

3 Berechnet nach: Alan Heston/Robert Summers/Betina Aten, *Penn World Table Version 5.6*, Center for International Comparisons at the University of Pennsylvania (CICUP). Die neueste Version findet sich unter: <http://pwt.econ.upenn.edu/>.

4 Zu den Quellen: Maddison, *Monitoring*, S. 139–143. Die Daten siehe: ebd., S. 186f.

deutsch-deutschen Vergleich das Niveau ihres Pro-Kopf-BIP neu bestimmt. Danach erwies sich das von Alton ausgewiesene Niveau als zu hoch. Deshalb hat Maddison die Angaben für die DDR korrigiert, indem er die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin bestimmte Angabe für 1989 als Grundlage nahm und die Werte von Alton für die Jahre 1950 bis 1988 um den gleichen Faktor reduzierte.⁵ Damit entsteht in dem Datensatz von Maddison aber eine Inkonsistenz, denn wenn sich die Zahlen von Alton für die DDR als zu hoch erwiesen haben, gibt es keinen Grund zu der Annahme, daß dies für die anderen Ostblockländer nicht ebenfalls zutrifft. Zudem widersprechen die so sich ergebenden Resultate ebenfalls den qualitativen historischen Befunden über deren wirtschaftlichen Verhältnisse.

Da davon ausgegangen werden kann, daß die Relationen der Leistungsfähigkeit der einzelnen Ostblockländer zueinander in den Alton-Schätzungen im großen und ganzen die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegeln, wird hier heroisch unterstellt, daß die Angaben für alle Ostblockländer im gleichen Maß wie die für die DDR überbewertet waren, und diese Werte im gleichen Verhältnis wie für die DDR korrigiert wurden. Das entbehrt nicht einer gewissen Willkür und dürfte so natürlich nicht der Realität entsprochen haben. Aber dieses Vorgehen bietet den Vorteil, die Konsistenz des Datensatzes wiederherzustellen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Ostblockländer im Verhältnis zu westlichen Industrieländern zumindest annähernd adäquat abzubilden. Dazu werden die Daten aus noch zu erkennenden Gründen in Relation zu den Werten für Österreich gesetzt.

Abbildung 1 und Tabelle 1 zeigen, daß die DDR relativ gleichbleibend das höchste Entwicklungsniveau aufwies, wenn auch die Schätzung mit guten Gründen im Detail angezweifelt werden kann, denn in Relation zu Österreich dürfte auch sie tendenziell stärker verloren haben, als hier ausgewiesen. Dem folgte die Tschechoslowakei – freilich wie auch alle folgenden Länder mit einem gegenüber Österreich deutlich abnehmenden Trend. Ein signifikant niedrigeres Niveau beim Pro-Kopf-BIP weist die Sowjetunion auf, der Ungarn und Polen folgen.⁶ Die Ursachen der niedrigeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurden in der Literatur ausführlich debattiert und sie sollen hier nicht erörtert werden. Sicher sind da-

5 Maddison dokumentierte sein Vorgehen bei den Zahlen für die DDR nur ungenügend. 1995 wies er darauf hin, daß die ursprüngliche auf Alton zurückgehende und von ihm noch einmal wiedergegebene Schätzung überhöht sein mußte. Seine korrigierte Reihe für die DDR findet sich aber in der Publikation von 1995 weder bei den osteuropäischen Ländern noch bei den Angaben für Deutschland, wo er für die Zeit nach 1945 nur Angaben für Westdeutschland machte. Sie wurde nicht nachgewiesen. (Vgl. Maddison, *Monitoring*, S. 132, 194f., 200f.). In den neueren Ausgaben seiner Daten gibt er für Deutschland nach 1945 gemeinsame Werte für West- und Ostdeutschland – den gewichteten Mittelwert von BRD und DDR – an, ohne daß er seine korrigierten Werte für die DDR vollständig ausweist. In der Ausgabe von 2001 finden sich lediglich ausgewählte Angaben und eine Andeutung über sein Vorgehen. (Angus Maddison, *The World Economy. A Millennial Perspective*, Paris 2001, S. 78, 276; Ders., *The World Economy. Historical Statistics*, Paris 2003, S. 28, 62ff., 91). Die zugrundegelegten Daten für die DDR, ebenso wie genauere Quellenangaben können jedoch von der Website des Groningen Growth and Development Centre (<http://www.ggdc.net>) bezogen werden. Wenn man dann die von Maddison ausgewiesene, ursprüngliche und auf Alton zurückgehende Datenreihe mit dieser neuen Datenreihe in Relation setzt, ergibt sich das beschriebene Vorgehen.

6 In der Literatur liegen auch noch andere Schätzungen vor. Unstrittig dürfte aber sein, daß die DDR und die Tschechoslowakei die höchste Produktivität im Ostblock aufwiesen. Das relative Produktivitätsniveau der UdSSR, von Polen und Ungarn wird dagegen unterschiedlich bewertet. Siehe u. a.: Marer u. a., *Historically Planned Economies*, S. 45f.; Good/Ma, *The Economic Growth*, S. 111.

Abbildung 1:

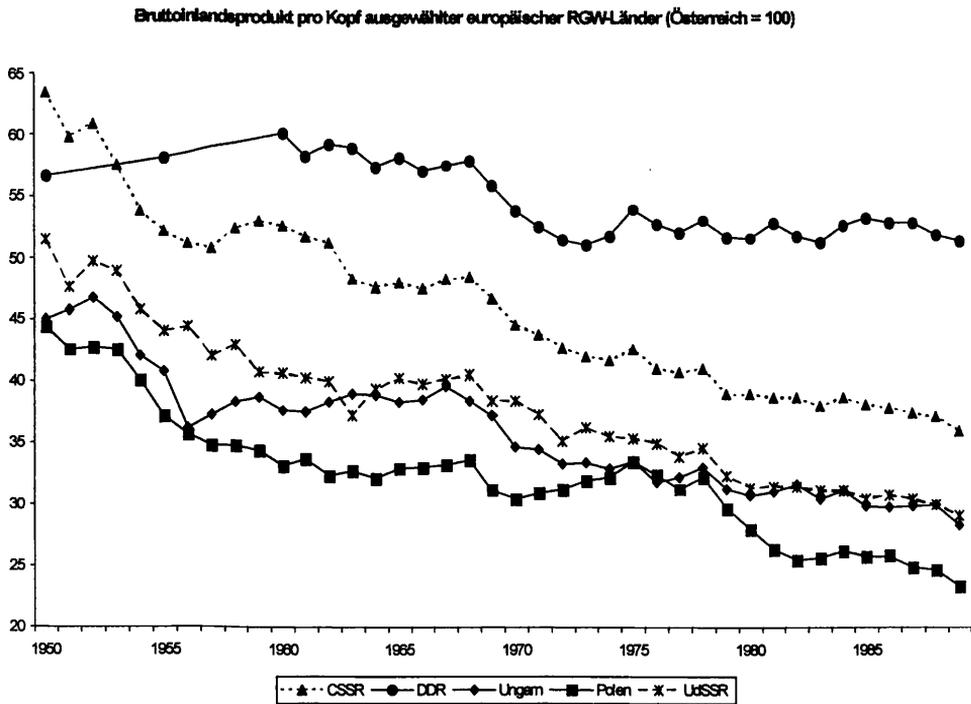


Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ausgewählter europäischer RGW-Länder (Österreich = 100)

	ČSSR	DDR	Ungarn	Polen	UdSSR
1950	63,5	56,7	45,0	44,4	51,5
1955	52,2	58,2	40,8	37,2	44,1
1960	52,7	60,2	37,6	33,1	40,7
1965	48,1	58,3	38,3	32,9	40,3
1970	44,6	53,9	34,7	30,5	38,4
1975	42,7	54,1	33,5	33,5	35,4
1980	39,0	51,7	30,8	28,0	31,4
1985	38,1	53,3	29,9	25,8	30,5
1989	36,0	51,5	28,3	23,3	29,1

Berechnungsmethode für Abb. 1 und Tab. 1 ist im Text erläutert. Datengrundlage siehe Anmerkung 5.

bei Unterschiede zwischen der DDR und der Tschechoslowakei und den anderen hier betrachteten Ländern zu machen. Erstere und der tschechische Teil der ČSSR gehörten vor dem Zweiten Weltkrieg überwiegend zu den entwickelten Regionen Europas. Sie verloren durch die Folgen des Krieges und die Transformation dieser Gesellschaften zum Staatssozialismus gegenüber den west- und westmitteleuropäischen Ländern an Boden. Die anderen Länder einschließlich der Slowakei waren bereits vor dem Zweiten Weltkrieg weniger entwickelt als Westeuropa. Die Wurzeln dieses Rückstandes reichen zumindest bis ins 18. Jahrhundert zurück.⁷ In den fünfziger und sechziger Jahren konnten diese Länder von einem niedrigen Ausgangsniveau aus – infolge einer extensiven Entwicklung – zum Teil beeindruckende Wachstumsraten verzeichnen. Hier zeigte die Planwirtschaft sowjetischen Typs ihre Vorzüge bei der Mobilisierung freier Produktionsfaktoren. Zugleich wuchs die Wirtschaft in den westlichen entwickelten Ländern aber im Schnitt schneller. Im Verlauf der sechziger Jahre wurde immer deutlicher, daß das staatssozialistische Wirtschaftssystem kaum in der Lage war, endogen intensives Wachstum zu generieren, so daß in dem Maße wie die Reserven an freien Produktionsfaktoren erschöpft waren, auch die Wachstumsraten zurückgingen. Damit wurde der Rückstand dieser Länder zu den westlichen entwickelten Industrieländern immer größer.

Zwar können die Daten für das Bruttoinlandsprodukt je Kopf auch einen ersten Anhaltspunkt für das Einkommensniveau in den einzelnen Ländern bieten, aber je nachdem welchen Anteil die individuellen Einkommen bzw. die Löhne und Gehälter am Volkseinkommen insgesamt einnehmen, unterscheidet sich deren Entwicklung von der der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Jedoch sind auf Grund der oben angeführten grundsätzlichen Schwierigkeiten eines Einkommensvergleichs und der schwierigen Datenlage für die Ostblockländer, insbesondere was die Kaufkraftparitäten untereinander und zu westlichen Ländern anbelangt, Einkommensvergleiche sowohl zwischen ihnen als auch mit westlichen Ländern in der Forschung sehr selten geblieben. Es liegen zwar separate Studien vor, die einzelne RGW-Länder mit anderen westlichen Ländern vergleichen. Allerdings ist dem Autor nur eine Arbeit bekanntgeworden, in der die Einkommen einer Gruppe der europäischen Mitglieder des RGW untereinander und zu westlichen Ländern in Relation gesetzt werden. Diese ist am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche erstellt worden, weshalb als Referenzland auch Österreich diente.⁸

In dieser Studie wurden zunächst die in den nationalen Statistiken ausgewiesenen nominalen Bruttoeinkommen herangezogen. Die Steuersätze und Abgabenhöhe unterschieden sich zwischen den Ländern ganz beträchtlich, so daß in einem ersten Schritt für die jeweiligen Länder Nettomonatslöhne bestimmt wurden. Da ein Vergleich nur für die Realeinkom-

7 Siehe u. a.: Tibor Iván Berend/György Ránki, *The European periphery and industrialization 1780–1914*, Cambridge 1982; Daniel Chirot (Hg.), *The origins of backwardness in Eastern Europe. Economics and politics from the Middle Ages until the early twentieth*, Berkeley 1991.

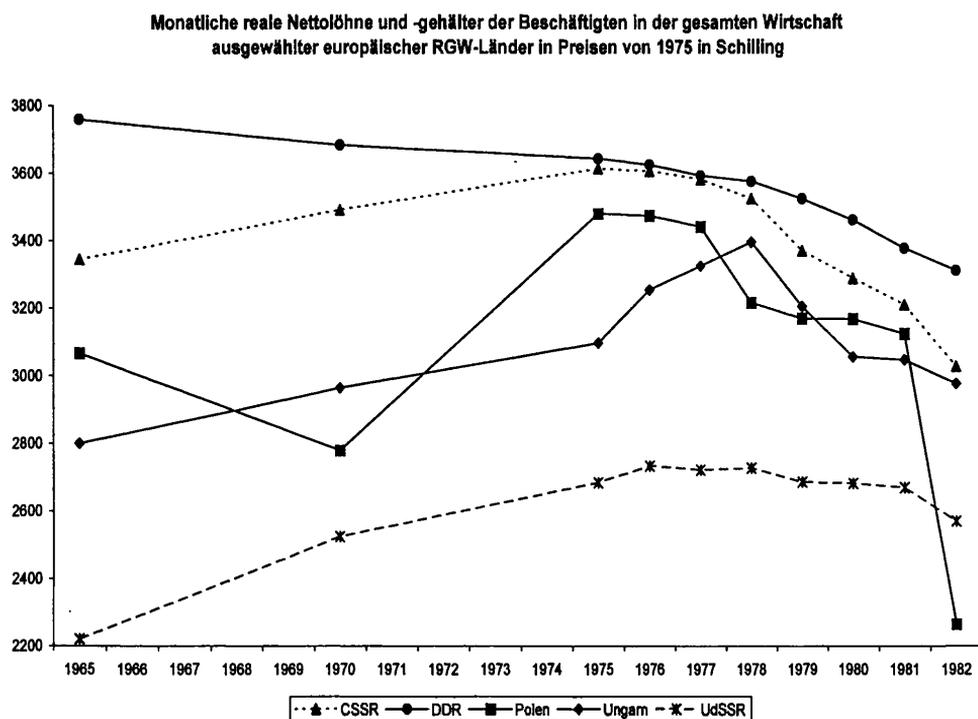
8 Siehe auch zu den folgenden Details der Berechnungen: Benedykt Askanas, *Niveau und Entwicklung der Reallöhne in den RGW-Ländern im Vergleich mit Österreich* (Forschungsberichte des Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Nr. 103), Wien 1985. In einer früheren Darstellung dieser Gruppe beruhten die herangezogenen Kaufkraftparitäten auf einer weniger repräsentativen Grundlage. Der Preis für die bessere Basis war aber, daß in der jüngeren Arbeit wegen fehlender Daten Rumänien und Bulgarien nicht mehr einbezogen werden konnten. Vgl. Benedykt Askanas/Halina Askanas/Friedrich Levčik, *Entwicklung und Niveau der Löhne in den RGW-Ländern. Mit einem Vergleich mit Österreich*, in: *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 1976*, Heft 1, S. 37–46.

men sinnvoll ist, wurde ein Preisindex benötigt. Die amtlich ausgewiesenen Preisindizes unterschätzten aber die Inflation infolge ungenügender Warenkorb Anpassung an Verbrauchsverschiebungen u. a. m. systematisch und mußten deshalb korrigiert werden. Dazu konnte aus den für 1964 und 1975 vorliegenden Kaufkraftparitäten zu westlichen Ländern implizit die Preissteigerung für jedes einzelne Land berechnet, damit das Maß der Unterschätzung der Inflation im amtlichen Index bestimmt und proportional berichtigt werden. Allerdings wird im Ergebnis auf Grund der unterschiedlichen Datengrundlage für die beiden Kaufkraftparitäten – so scheint es – die Inflation etwas überschätzt. Gleichwohl kommen diese Werte der tatsächlichen Inflation sehr viel näher als die amtlich herausgegebenen. Mit diesem Index wurden die nominalen Einkommen auf der Preisbasis von 1975 deflationiert und anhand der für 1975 ermittelten Kaufkraftparitäten in österreichische Schilling umgerechnet. Auf dieser Grundlage – bewertet in Schilling mit konstanter Kaufkraft – sind die Löhne und Gehälter sowohl zwischen den Ländern als auch zeitlich zu vergleichen. Damit können die Relationen der Reallöhne zwischen den RGW-Ländern und Österreich annähernd bestimmt werden.

Nicht überraschend wies die DDR – wie in Abbildung 2 zu sehen – das höchste Realeinkommensniveau auf, wobei es bereits zwischen 1965 und 1975 leicht und Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre immer schneller zurückging, ohne daß die ostdeutschen Arbeiter und Angestellten ihre Spitzenposition bei den Einkommen im RGW einbüßten. Der Rückgang der Einkommen war vor allem der beschleunigten Inflation geschuldet. In der Tschechoslowakei – dem Land mit dem zweithöchsten Einkommensniveau im Ostblock – stiegen die Realeinkommen von Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebziger Jahre, um dann ebenfalls unter dem Druck der Teuerung zurückzugehen. Polen, das Mitte der sechziger Jahre noch über das dritthöchste Einkommensniveau verfügte, erlebte bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre einen Realeinkommensrückgang infolge – vor allem 1970 – stark anziehender Preise und fiel damit um einen Rang hinter Ungarn zurück. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurden im Zusammenhang mit der ausgedehnten Konsumpolitik in Polen offenbar auch die Einkommen so stark erhöht, daß trotz einer noch höheren Inflationsrate als zwischen 1965 und 1970 die Realeinkommen beträchtlich wuchsen. Danach gingen sie zunächst langsam, 1978 beschleunigt zurück. Als im Jahr 1982 nach Verkündung des Kriegsrechts die Preise drastisch angehoben wurden und sich damit die Lebenshaltungskosten selbst nach offiziellen Angaben mehr als verdoppelten, brach das Realeinkommen um 27,5 % ein. Bereits vorher war die Höhe des Realeinkommens in dem Sinne fiktiv, daß eine Vielzahl von Waren – auch für den Grundbedarf – überhaupt nicht mehr oder nur sehr schwer zu bekommen waren. In Ungarn konnten die Beschäftigten ihre Realeinkommen bis 1978 steigern, was gerade Ende der sechziger Jahre auch auf die Wirtschaftsreform zurückgeführt wurde.⁹ Danach beschleunigte sich die Inflation und fraß die Einkommenszuwächse mehr als auf, so daß sich die Realeinkommen verringerten. Das war eine Folge der zweistufigen Verbraucherpreisreform ab 1979, mit der die Verbraucherpreise an die gestiegenen Kosten – auch in Folge der internationalen Preisentwicklung – angepaßt werden sollten, was zwar nur zum Teil gelang, aber doch zu einem erheblichen Preisanstieg

9 Iván T. Berend, *The Hungarian Economic Reforms 1953–1988*, Cambridge 1990, S. 192. Berend geht aber von einem deutlich höheren Anstieg aus, da er sich auf die amtlichen Zahlen stützt.

Abbildung 2:



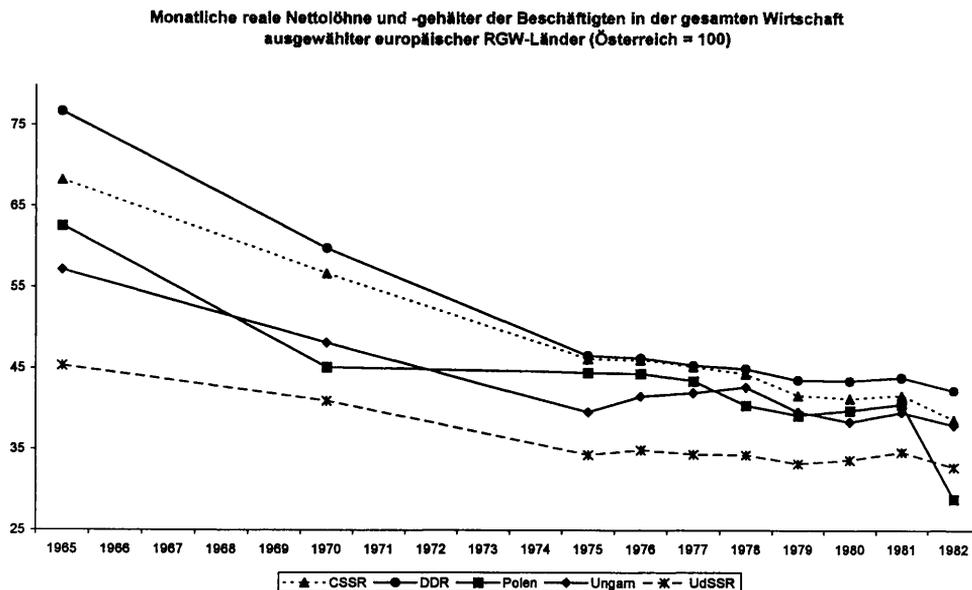
Quelle: Askanas, *Niveau und Entwicklung*.

führte.¹⁰ Das niedrigste Einkommensniveau hatte offenbar die Sowjetunion, das sich bis 1976 erhöhte und danach sich langsam beschleunigend zurückging. Insgesamt wurden die Unterschiede zwischen den RGW-Ländern tendenziell geringer. Jedoch erhöhte der Realeinkommenseinbruch in Polen 1982 die Diskrepanzen wieder.

Im Vergleich zu Österreich, wo sich die Realeinkommen zwischen 1965 und 1975 relativ schnell entwickelten, wurde der Rückstand in allen RGW-Ländern in dieser Zeit immer größer (Abbildung 3). Als die österreichischen Realeinkommen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr in dem Maße anstiegen und Anfang der achtziger Jahre angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise zurückgingen, nahm auch der Rückstand nicht mehr so stark zu.

10 Berend, *Hungarian Economic Reforms*, S. 262f.

Abbildung 3:



Berechnet nach: *Askanas, Niveau und Entwicklung.*

Tabelle 2: Monatliche reale Nettolöhne und -gehälter der Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft ausgewählter europäischer RGW-Länder (Österreich = 100)

	1965	1970	1975	1980	1982
ČSSR	68,2	56,7	46,2	41,3	38,6
DDR	76,7	59,8	46,6	43,5	42,3
Polen	62,6	45,1	44,5	39,8	28,9
Ungarn	57,1	48,1	39,6	38,4	38,0
UdSSR	45,3	41,0	34,3	33,7	32,8

Berechnet nach: *Askanas, Niveau und Entwicklung.*

Hin und wieder wurde die Frage aufgeworfen, ob die Einkommen in den RGW-Ländern in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung höher als in westlichen Ländern gewesen seien. Mit den vorliegenden Daten läßt sich das zumindest annäherungsweise beantworten. Verglichen mit Österreich waren Mitte der sechziger Jahre in allen betrachteten Ländern – außer der Sowjetunion – die Realeinkommen in Relation zur wirtschaftlichen Gesamtleistung sehr hoch. In der DDR und der Tschechoslowakei geht dieses Verhältnis infolge der Inflation zu-

rück. Aber in Polen und Ungarn bleiben die Realeinkommen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung tendenziell hoch (Tabelle 3).

Tabelle 3: Verhältnis von Realeinkommen zur Wirtschaftsleistung in ausgewählten europäischen RGW-Ländern (Österreich = 1)

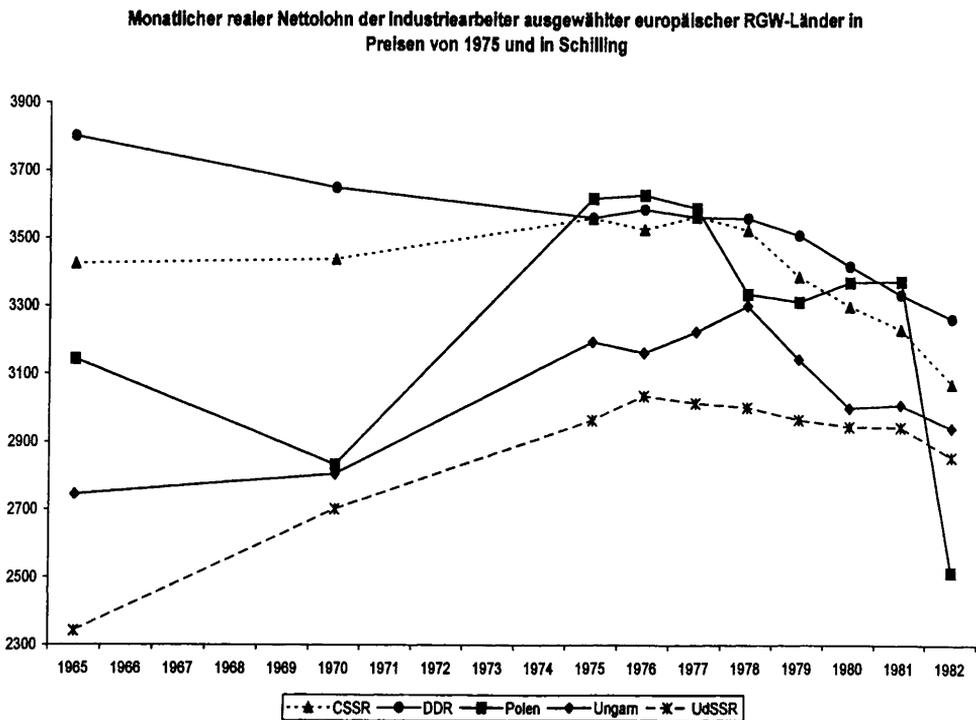
	1965	1970	1975	1980	1982
ČSSR	1,42	1,27	1,08	1,06	1,00
DDR	1,32	1,11	0,86	0,84	0,81
Polen	1,90	1,48	1,33	1,42	1,14
Ungarn	1,49	1,39	1,18	1,25	1,20
UdSSR	1,12	1,07	0,97	1,07	1,04

Berechnet nach den Werten der Tabelle 1 und den Angaben, die der Abbildung 2 zugrunde liegen.

Angesichts des Themas des vorliegenden Bandes ist aber von besonderem Interesse, wie sich die Löhne der Industriearbeiter entwickelten. Dabei zeigt sich, daß sich die realen Nettomonatslöhne der Industriearbeiter in den betrachteten Ländern ebenso wie im Vergleich zu Österreich im großen und ganzen so entwickelten wie die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft (Abbildung 4, 5 und Tabelle 4). Auffällig ist bloß, daß es in Polen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre offenbar vor allem die Industriearbeiter waren, die von den starken Einkommenszuwächsen profitierten, denn diese überstiegen Mitte der siebziger Jahre sogar die der DDR, wobei aber das bereits erwähnte Problem der Warenverfügbarkeit im Auge behalten werden muß. Damit waren diese Einkommen nur bedingt in Waren umzusetzen.

Darüber hinaus kann gezeigt werden (Tabelle 5), daß die Löhne der Industriearbeiter in Relation zu den Einkommen der abhängig Beschäftigten insgesamt in allen RGW-Ländern höher lagen als in Österreich. Im Vergleich zu westlichen Ländern wurden die Industriearbeiter in den staatssozialistischen Ländern gegenüber den Angestellten also durchaus bevorzugt. Allerdings läßt sich auch erkennen, daß sie lediglich in der Sowjetunion und Polen durchgängig mehr als der Durchschnitt der Gesamtbeschäftigten verdienen.

Abbildung 4:



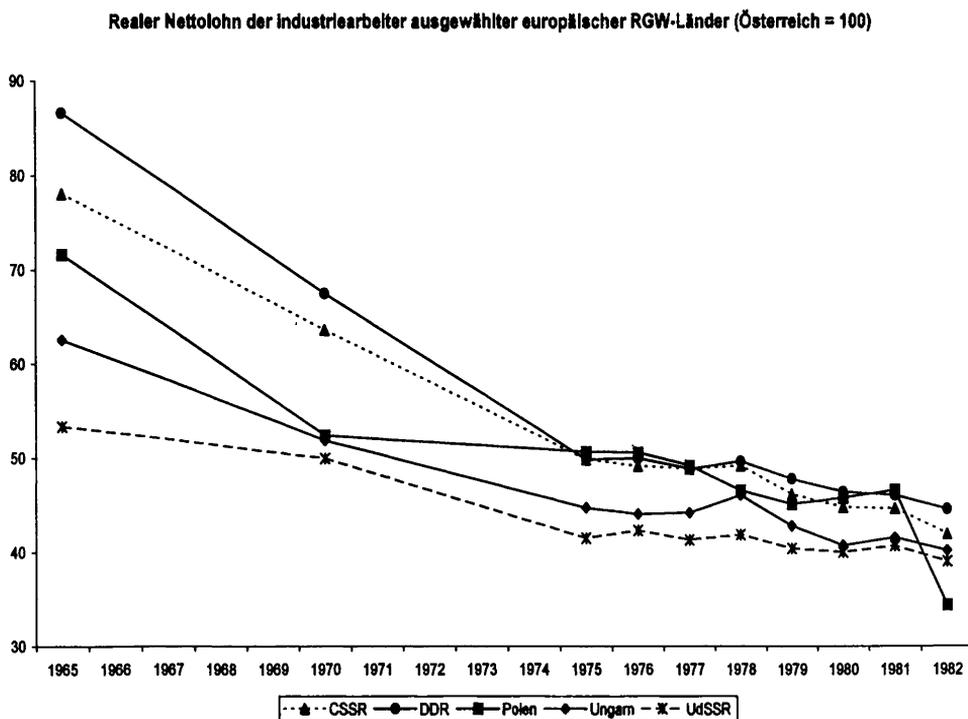
Quelle: Askanas, Niveau und Entwicklung.

Tabelle 4: Realer Nettolohn der Industriearbeiter ausgewählter europäischer RGW-Länder (Österreich = 100)

	1965	1970	1975	1980	1982
ČSSR	78,0	63,5	49,8	44,8	42,0
DDR	86,6	67,4	49,8	46,4	44,6
Polen	71,6	52,4	50,6	45,7	34,4
Ungarn	62,5	51,8	44,7	40,7	40,2
UdSSR	53,3	49,9	41,5	40,0	39,0

Berechnet nach: Askanas, Niveau und Entwicklung.

Abbildung 5:



Berechnet nach: Askanas, Niveau und Entwicklung.

Tabelle 5: Verhältnis der Industriearbeiterlöhne zu den Einkommen der abhängig Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft in Prozent

	1965	1970	1975	1980	1982
ČSSR	102,4	98,5	98,5	100,4	101,4
DDR	101,1	99,1	97,7	98,8	98,5
Polen	102,5	101,9	104,0	106,4	111,0
Ungarn	98,0	94,6	103,1	98,2	98,8
UdSSR	105,5	107,0	110,4	109,8	111,1
Österreich	89,6	87,9	91,3	92,6	93,4

Berechnet nach: Askanas, Niveau und Entwicklung.

Um die Einkommenssituation in den betrachteten Ländern vergleichen zu können, reichen aber die Angaben zu den Durchschnittseinkommen nicht aus. Vielmehr ist auch die perso-

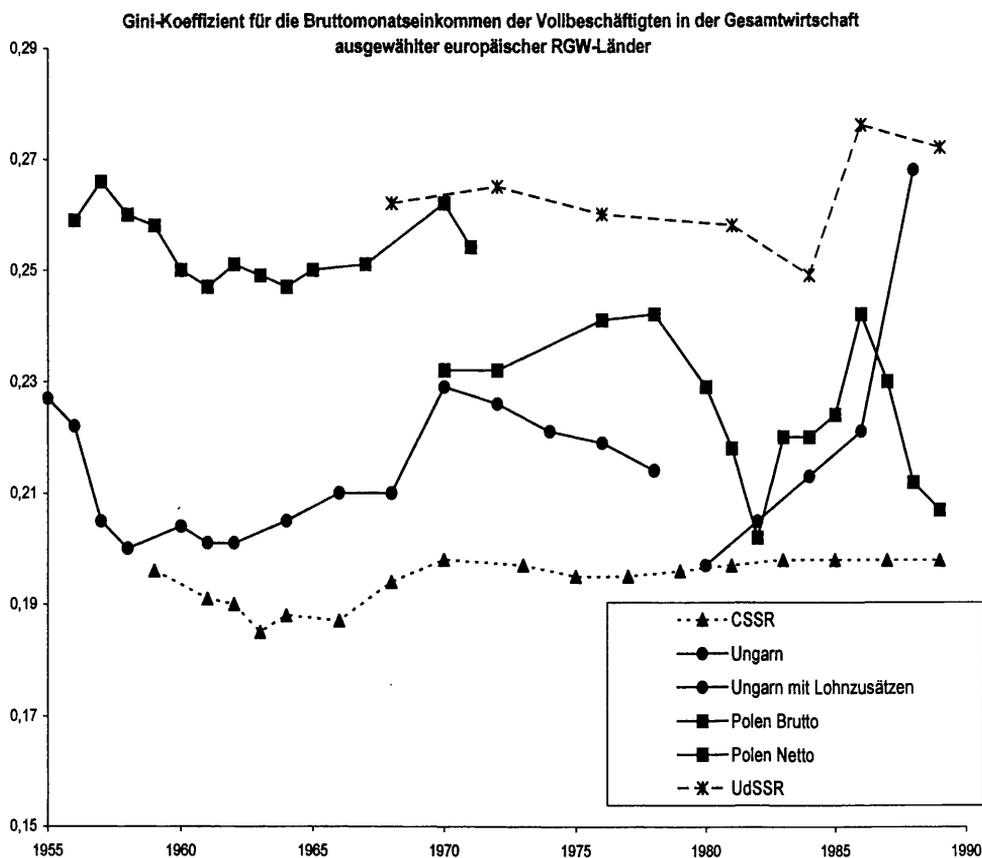
nelle Einkommensverteilung mit einzubeziehen.¹¹ Diese kann im Vergleich zu westlichen Ländern betrachtet auch Aussagen darüber zulassen, ob sich in der realen Einkommensentwicklung eher der latente Egalitarismus der sozialistischen Idee oder das Leistungsprinzip als Anreizinstrument niederschlug. Dazu kann auf die Arbeit von Anthony B. Atkinson und John Micklewright zurückgegriffen werden.¹² Sie haben die vielfältigen Datenerhebungen der verschiedenen Länder zu Einkommensverteilungen vergleichbar gemacht und zu konsistenten Datenreihen für die Einkommensunterschiede in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion von den fünfziger Jahren bis 1990 zusammengeführt. Ihre Vorgehensweise beruht auf einer definierten Standardverteilung, wobei sowohl Frauen als auch Männer einbezogen und soweit möglich landwirtschaftliche Beschäftigte eingeschlossen wurden. Sie beziehen sich auf Brutto-Monatsverdienste von Vollbeschäftigten einschließlich von Prämien und untersuchen lediglich die Gesamtverteilung der Einkommen, d. h. sie unterscheiden nicht nach Sektoren oder Branchen, Beruf, Alter oder Geschlecht.¹³ Als Maß für die Einkommensverteilung wird hier auf den Gini-Koeffizienten zurückgegriffen (Abbildung 6).¹⁴

Die Ungleichverteilung in der Tschechoslowakei bewegte sich mit einem durchschnittlichen Gini-Koeffizienten von 0,194 zwischen Ende der fünfziger und Ende der achtziger Jahre auf einem sehr niedrigen Niveau und blieb außerdem weitgehend stabil. Allerdings sank die Ungleichheit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre infolge des mit dem ersten unzulänglichen Reformanlaufs von 1958 verbundenen Vorhabens, für die gleiche Tätigkeit in verschiedenen Wirtschaftssektoren den gleichen Lohn einzuführen.¹⁵ Diese egalitäre Politik des Regimes setzte sich Anfang der sechziger Jahre mit dem Versprechen fort, den Kommunismus aufzubauen, und so erreichte die Ungleichverteilung 1963 ihren Tiefpunkt. Im Zuge der Reformbemühungen der sechziger Jahre, die zum „Prager Frühling“ führten und schließlich 1968 durch den Warschauer Pakt unterdrückt wurden, spielte gerade die zu große Gleichheit eine große Rolle. Mit der Eigenfinanzierung der Betriebe, der Gewinnbeteiligung der Beschäftigten und dem freilich bereits 1967 zurückgenommenen Be-

-
- 11 Die Ausführungen zur Einkommensverteilung sind teilweise bereits erschienen, in: André Steiner, Die personelle Einkommensverteilung in den staatssozialistischen Ländern zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2004, Heft 4, S. 484–490.
- 12 Siehe auch zum folgenden: Anthony B. Atkinson/John Micklewright, *Economic Transformation in Eastern Europe and the Distribution of Income*, Cambridge 1992; knapp zusammengefasst in: John S. Flemming/John Micklewright, *Income Distribution, Economic Systems and Transition*, in: Anthony B. Atkinson/Francois Bourguignon (Hg.), *Handbook of Income Distribution*, Bd. 1, Amsterdam u. a. 2000, S. 848–874. Eine andere vergleichende Studie mit einem kürzeren Untersuchungszeitraum kommt auf Basis der Dezilrelation im Trend auf ähnliche Ergebnisse wie die hier vorgestellten. Vgl. Benedykt Askanas/Jolanta Zieba, *Die Verteilung der Arbeitseinkommen in den RGW-Ländern und Jugoslawien mit einem Vergleich zu Österreich* (Forschungsberichte, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Nr. 131), Wien 1987.
- 13 Atkinson/Micklewright, *Economic Transformation*, S. 50–74.
- 14 Der Gini-Koeffizient bewegt sich immer zwischen 0 und 1, wobei 0 den theoretischen Fall der vollständigen Gleichverteilung und 1 den der vollkommenen Ungleichverteilung darstellen. Zum Problem, ob der Gini-Koeffizient ein adäquates Maß für den Vergleich der Ungleichverteilung in verschiedenen Wirtschaftssystemen ist, siehe: Christian Morrisson, *Income Distribution in East European and Western Countries*, in: *Journal of Comparative Economics* 8, 1984, S. 121–138, hier: S. 129f.
- 15 Auch zum folgenden: Martin R. Myant, *The Czechoslovak Economy 1948–1988. The Battle for Economic Reform*, New York 1989, S. 83, 91.

kenntnis zu mehr Ungleichheit stieg das Niveau der Ungleichverteilung in der Reformzeit bis 1970 wieder leicht an. Auf diesem Niveau verharrete sie dann in der Zeit der „Normalisierung“, also den siebziger und achtziger Jahren, wo die Parteispitze zwar weiter forderte, die Einkommen stärker zu differenzieren. Daran hatten aber die Betriebe wiederum wenig Interesse, u. a. weil ihre zentralistische Lenkung wieder verstärkt worden war, was die Leistungsanreize generell untergrub.¹⁶

Abbildung 6:



Daten zusammengestellt nach: Atkinson/Micklewright: *Economic Transformation, Tabellen CSE1, HE1, HE4, PE1, PE4, UE1.*

16 Zu der ambivalenten Reformdiskussion und der Normalisierungsphase siehe: ebd., S. 133–143, 155f., 184.

Etwas höher im Niveau lag die Ungleichverteilung in Ungarn, die zwischen 1955 und 1958 rasch sank, um dann in den sechziger Jahren zunächst leicht und 1969/70 stark anzusteigen, was ebenfalls mit der 1968 begonnenen Reform zusammenhing, da Facharbeiter nun als Qualifizierungs- und Leistungsanreiz deutlich höhere Lohnzuwächse erreichen konnten.¹⁷ Gerade die wachsenden Einkommensunterschiede waren aber Anfang der siebziger Jahre einer der Anlässe, die Reform zu stoppen.¹⁸ In der Konsequenz ging das Maß an Ungleichheit in den siebziger Jahre bis 1978 wieder zurück.¹⁹ Leider weist die ungarische Datenbasis dann einen Bruch auf, so daß die Angaben nicht mehr mit den vorherigen zu vergleichen sind. Aber deutlich wird, daß mit dem neuerlichen Anlauf zur Reform ab 1979 die Ungleichverteilung der Einkommen zwischen 1980 und 1986 wieder stark und mit der weit fortgeschrittenen Liberalisierung 1987/88 geradezu sprunghaft zunahm. Hier spiegelt sich die zunehmende Lockerung der zentralen Planung und fortschreitende Wirtschaftsreform wider.²⁰ Zudem folgte dies wohl aber auch schon aus der nachlassenden Wirtschaftskraft. Damit war die Ungleichverteilung größer als in Polen, wo sie vorher deutlich höher lag.

Auch in der Datenreihe für Polen liegt ein Bruch vor, da hier nur bis 1970 die Bruttoeinkommen und danach die Nettoeinkommen erfaßt wurden. Da letztere durch die progressive Steuerbelastung weniger ungleich als erstere verteilt sind, müßten die Gini-Werte für das Nettoeinkommen in unbekannter Höhe nach oben verschoben werden. Schon anhand der Angaben bis 1970 war zu erkennen, daß die Ungleichverteilung in Polen deutlich über der in der Tschechoslowakei und in Ungarn lag. Der Gini-Koeffizient bewegte sich mit relativ geringen Schwankungen zwischen 1956 und 1970 durchschnittlich um 0,254. Die nicht direkt vergleichbaren Werte für die siebziger und achtziger Jahre zeigen einen leichten Anstieg der Ungleichheit bis 1978, was weniger einer ohnehin nur sehr begrenzten Reform, als vielmehr der Ungleichgewichtigkeit der staatlich verordneten Lohnanhebungen geschuldet war.²¹ Danach ging das Maß an Ungleichheit bis 1982 drastisch zurück, was eine Folge der Danziger Vereinbarung von 1980 zwischen der neu entstandenen unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* und der Regierung war, das als „eines der am meisten egalitaristischen Programme“ gilt, „das jemals in einem sozialistischen Land verabschiedet wurde“.²² Da die Regierung nach 1982 den Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen immer weniger Widerstand entgegengesetzte und die Einkommen aber immer nur in bestimmten Bereichen angehoben werden konnten, stieg die Ungleichverteilung der Einkommen bis 1986 wieder

17 Berend, *Hungarian Economic Reforms*, S. 192f.

18 Ebd., S. 201–204, 230.

19 Diese Ergebnisse stimmen mit einer gänzlich anders aufgebauten Berechnung der Einkommensverteilung der ungarischen Statistikbehörde überein. Siehe: János Kornai, *The Hungarian Reform Process: Visions, Hopes, and Reality*, in: *Journal of Economic Literature* 24, 1986, S. 1687–1737, hier: S. 1725.

20 Berend, *Hungarian Economic Reforms*, S. 242ff., 246–259; Flemming/Micklewright, *Income Distribution*, S. 867.

21 Henryk Flakierski, *Economic Reform and Income Distribution in Poland: The Negative Evidence*, in: *Cambridge Journal of Economics* 5, 1981, S. 137–158.

22 Henryk Flakierski, *Social policies in the 1980s in Poland. A discussion of new approaches*, in: Jan Adam (Hg.), *Economic Reforms and Welfare systems in the USSR, Poland and Hungary*, Basingstoke 1991, S. 96, zit. n.: Fleming/Micklewright, *Income Distribution*, S. 867.

auf den Höchstwert von 1978.²³ Anschließend ging die Ungleichheit in Polen bis 1989 nahezu wieder auf den Tiefstpunkt von 1982 zurück, was dem Wiedererstarken von Solidarność geschuldet war, was unter anderem auch auf die neue 1986 in Angriff genommene Wirtschaftsreform und die in diesem Zusammenhang vorgenommenen Preiserhöhungen zurückzuführen war.²⁴

Die Sowjetunion mit der allgemein höchsten Ungleichverteilung unter den hier betrachteten Ländern wies – aus Datengründen hier gemessen am Verhältnis des obersten Dezils zum untersten – noch Mitte der fünfziger Jahre eine nahezu doppelt so hohe Ungleichheit der Arbeitseinkommen als die Tschechoslowakei auf, die dann aber bis in das zweite Drittel der sechziger Jahre sehr rasch zurückging.²⁵ Das wurde zum einen auf die Lohnreform zwischen 1956 und 1965 zurückgeführt, in der allen Einkommensgruppen nahezu der gleiche absolute Betrag zugute kam, wodurch die unteren Einkommensgruppen relativ viel stärker profitierten. Zum anderen nahmen wohl die intersektoralen Lohnunterschiede ab.²⁶ Von Ende der sechziger bis Mitte der achtziger Jahre hatte die UdSSR bei leicht zurückgehender Tendenz einen ähnlich hohen Gini-Koeffizienten wie Polen.²⁷ Mit Beginn der Umgestaltung (Perestroika) Mitte der achtziger Jahre stieg aber auch sein Wert von 1984 bis 1986 an.

Wenn man als Vergleichsmaßstab auf methodisch gleicher Basis den Gini-Koeffizienten für Großbritannien berechnet, ergibt sich für die Jahre 1968 bis 1990 ein Durchschnitt von 0,26.²⁸ D. h. die Sowjetunion und Polen wiesen bei zeitlichen Schwankungen in etwa das gleiche Maß an Ungleichheit der Arbeitseinkommen wie Großbritannien auf. Ungarn lag deutlich darunter, erreichte aber durch die Reformen Ende der achtziger Jahre ebenso dieses Niveau. Lediglich in der Tschechoslowakei war die Ungleichverteilung durchgängig sehr viel niedriger als in den anderen betrachteten Ländern. Um noch mehr Länder einbeziehen zu können, soll im folgenden die Verteilung der Pro-Kopf-Haushaltseinkommen der wichtigsten OECD-Länder und der bereits betrachteten Ostblockländer einschließlich der DDR Mitte der achtziger Jahre – gewissermaßen als ein Schlaglicht zu einem Zeitpunkt, als die finale Krise scheinbar noch nicht eingesetzt hatte – verglichen werden (Tabelle 6).²⁹

23 Zum Umfeld siehe: Ben Slay, *The Polish Economy. Crisis, Reform, and Transformation*, Princeton 1994, S. 58f.

24 Ebd., S. 69f.

25 Das wurde bereits gezeigt in: Peter J. D. Wiles/Stefan Markowski, *Income Distribution under Communism and Capitalism, Part 2*, in: *Soviet Studies* 22, 1972, S. 487–511, hier: S. 501ff.

26 Alastair McAuley, *The Distribution of Earnings and Incomes in the Soviet Union*, in: *Soviet Studies* 29, 1977, S. 214–257, hier: S. 224; Dies.: *Economic Welfare in the Soviet Union: Poverty, Living Standards and Inequality*, Madison 1979, S. 231f. Eine ausführliche Diskussion der verschiedenen früheren Schätzungen zur Einkommensungleichheit in der Sowjetunion nimmt vor: Abram Bergson, *Income Inequality under Soviet Socialism*, in: *Journal of Economic Literature* 22 1984, S. 1052–1099.

27 Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß sich das Dezilverhältnis und der Gini-Koeffizient Anfang und Mitte der siebziger Jahre gegenläufig entwickeln: Ersteres nimmt bis 1976 zu, was in der Literatur auf die stufenweise Einführung der nächsten Lohnreform zurückgeführt wurde. Siehe: Janet Chapman, *Earnings Distribution in the USSR, 1968–1976*, in: *Soviet Studies* 35, 1983, S. 410–413.

28 Atkinson/Micklewright, *Economic Transformation*, Tabelle BE1.

29 Zu anderen Zeitpunkten wurden von anderen Autoren sich davon unterscheidende Ergebnisse für einen solchen Vergleich erzielt. Siehe: Morrisson, *Income Distribution*.

Tabelle 6: Gini-Koeffizienten für die Pro-Kopf-Haushaltseinkommen in Osteuropa und den OECD-Ländern in der Mitte der 1980er Jahre

		0,19	DDR
		0,20	ČSSR
		0,21	Ungarn
Finnland	0,22		
Schweden	0,24		
		0,25	Polen
Norwegen	0,25		
Belgien	0,25		
		0,26	UdSSR
Luxemburg	0,27		
BRD	0,28		
Niederlande	0,28		
Kanada	0,32		
Italien	0,32		
Vereinigtes Königreich	0,32		
Australien	0,33		
Frankreich	0,33		
Portugal	0,33		
Irland	0,36		
Schweiz	0,36		
USA	0,37		
ungewichtetes Mittel:			
OECD	0,30	0,22	Osteuropa

Quellen: Flemming/Micklewright, Income Distribution, S. 870. Ergänzt für die UdSSR nach: Atkinson/Micklewright, Economic Transformation, Tabelle UII und für die DDR nach: Richard Hauser/Joachim Frick/Klaus Müller/Gert G. Wagner, Inequality in Income: A Comparison of East and West Germans before Reunification and during Transition, in: Journal of European Social Policy 4, 1994, S. 277–295, hier: S. 282, Tabelle 1. Diese Angaben basieren auf dem Sozio-ökonomischen Panel und wurden dezidiert nach der gleichen Methode wie für die anderen Ostblockstaaten ermittelt. Auf der beruhen ebenso die Werte für die OECD-Länder nach: Anthony B. Atkinson, Income Distribution in OECD Countries. Evidence from the Luxembourg Income Study, Paris 1995. Aus Datengründen konnte der Gini-Koeffizient für Österreich in dieser Studie nicht berechnet werden. Die Pro-Kopf-Einkommen wurden als Äquivalenzeinkommen verglichen.

Nach den bisherigen Ergebnissen scheint es nicht überraschend, daß die Ungleichverteilung der Einkommen in der DDR, Tschechoslowakei und Ungarn unter der aller OECD-Länder lag. Polen und die UdSSR wiesen immerhin eine gleichere Verteilung als die meisten OECD-Länder auf. Der ungewichtete Durchschnitt der beiden Ländergruppen lag acht Pro-

zentpunkte auseinander. Es liegt also ein differenzierter statistischer Befund vor: Im Schnitt waren in den staatssozialistischen Ländern die Einkommen tatsächlich deutlich gleicher als in den OECD-Ländern verteilt. Jedoch blieben die Ostblockländer mit der höchsten Ungleichverteilung hinter den westlichen Ländern mit der stärksten Gleichverteilung zurück. Allerdings ist dies nur eine Momentaufnahme. Solche Vergleiche sind ohnehin problematisch, da sich hinter diesen zusammenfassenden Werten beispielsweise sehr große regionale Einkommensunterschiede, wie in der Sowjetunion oder aber auch bis Mitte der siebziger Jahre zwischen dem tschechischen und slowakischen Teil der ČSSR, oder aber auch sektorale Differenzen, wie in Polen zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, verstecken. Darüber hinaus sind hier die Effekte der Preisstruktur in den staatssozialistischen Ländern mit hohen Verbrauchssteuern auf technischen Konsumgütern und Luxusgütern und hohen Subventionen für den „Grundbedarf“ sowie des privilegierten Zugangs zu knappen Gütern und anderer Vergünstigungen für die Eliten nicht miteinbezogen. Wie unterschiedlich die Preisstruktur in den betrachteten Ländern, aber auch im Vergleich zu westlichen Ländern gestaltet war, ist an der notwendigen Arbeitszeit zum Erwerb bestimmter Güter ablesbar (Tabelle 7). Jedoch sind die Differenzen auch Ausdruck der unterschiedlichen Produktivitäts- und Lohnniveaus.

In der Literatur wird teilweise davon ausgegangen, daß sich die egalitären Wirkungen der Preisstruktur und die die Ungleichheit verstärkenden Privilegien der Eliten wechselseitig aufgehoben haben. Andere Autoren halten die Belege dafür – wohl zu Recht – als unzureichend.³⁰ Jedoch ist bisher auch keine befriedigende Lösung für das Problem gefunden worden, diese Effekte bei solchen Vergleichen miteinzubeziehen.

Die Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen den betrachteten RGW-Ländern korrelieren auffällig mit deren Produktivitätsniveau (siehe Abb. 1 und Tab. 1). In der DDR und der Tschechoslowakei, denen allgemein die höchste Produktivität im Ostblock zugebilligt wurde, waren auch die Einkommen am stärksten gleich verteilt. Umgekehrt waren in Polen und der Sowjetunion mit der niedrigsten Produktivität die Einkommen am meisten ungleich verteilt. Einzig Ungarn scheint hier etwas von diesem Muster abzuweichen: Ebenfalls nur eine relativ niedrige Produktivität erreichend waren die Einkommen erstaunlich gleich verteilt. Das könnte darauf zurückzuführen sein, daß dort Mitte der achtziger Jahre die Schattenwirtschaft einen höheren Anteil an der Wirtschaftsleistung als in den anderen Ländern einnahm und diese in Schätzung des Bruttoinlandsproduktes nicht ausreichend berücksichtigt wurde, aber die dort erzielten Einkommen in den den Gini-Koeffizienten zugrundeliegenden Einkommensstichproben enthalten waren. Insgesamt hat wohl auch hier die klassische Kuznets-These einen gewissen Erklärungswert, wonach die Einkommensungleichheit im Industrialisierungsprozeß zunächst zunahm, weil sich die Einkommen in der Landwirtschaft und im Nicht-Agrarbereich unterschiedlich schnell entwickelten und weil Einkommensdifferenzen innerhalb des nichtagrarischen Sektors höher

30 Richard Hauser/Joachim Frick/Klaus Müller/Gert G. Wagner, *Inequality in Income: A Comparison of East and West Germans before Reunification and during Transition*, in: *Journal of European Social Policy* 4, 1994, S. 277–295, hier: S. 280. Dagegen: Flemming/Micklewright, *Income Distribution*, S. 875.

ausfielen.³¹ Insofern läßt sich das unterschiedliche Maß an Ungleichheit in den verschiedenen osteuropäischen Ländern auch als Abbildung ihres erreichten Industrialisierungsniveaus lesen.

Tabelle 7: Notwendige Arbeitsstunden zum Kauf einer Einheit der Konsumgüter im internationalen Vergleich 1988 (BRD = 1)

Gut	Einheit	ČSSR	DDR	Ungarn	Polen	Sowjetunion
<i>Essen</i>						
Schweinefleisch	kg	3,4	1,3	2,4	2,0	2,7
Rindfleisch	kg	3,7	1,0	2,6	1,7	3,0
Hähnchenfleisch	kg	4,7	2,8	3,5	2,8	5,5
Eier	Stück	3,8	2,4	2,6	6,6	4,2
Milch	Liter	2,0	0,5	1,8	0,7	2,9
Butter	kg	3,6	1,9	2,5	3,5	4,0
Weißbrot	kg	0,5	0,4	0,5	0,5	0,8
Zucker	kg	3,3	1,4	3,2	3,6	4,5
Kartoffeln	kg	1,1	0,3	3,2	.	1,6
Äpfel	kg	1,6	1,2	1,4	.	7,1
Wein	Liter	5,8	0,5	2,8	10,6	13,4
Bier	Liter	2,0	1,3	2,7	7,0	2,7
Kaffee	kg	10,4	6,8	7,2	17,8	11,3
Tee	kg	3,2	1,0	0,7	0,7	2,4
Zigaretten	Packung	1,0	1,7	0,7	0,6	1,4
<i>Verschiedenes</i>						
Herrenwinterbekleidung	Stück	5,4	2,0	2,5	3,7	3,1
Herrenschuhe (Leder)	Paar	1,2	1,2	1,8	2,0	1,7
PKW	Stück	2,5	2,4	2,3	9,2	3,6
Farbfemseher	Stück	6,6	5,6	4,0	13,4	4,6
Waschpulver	kg	.	2,6	4,1	5,1	4,2
Benzin	Liter	7,0	2,6	5,7	5,0	4,0

Quelle: János Kornai, *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Oxford 1992, S. 308f.

31 Darüber hinaus spielten bei Kuznets das Bevölkerungswachstum, Landflucht und Urbanisierung, abweichendes Sparverhalten und Kapitalbildung in den Wirtschaftssektoren sowie die Rolle des Staates bezüglich der Entfaltung der Marktwirtschaft eine Rolle. Zu einer jüngeren Erörterung dieser Thesen siehe: Peter H. Lindert/Jeffrey G. Williamson, *Growth, Equality and History*, in: *Explorations in Economic History* 22, 1985, S. 341–377.

Wie die empirischen Ergebnisse zeigen, konnte aber keinesfalls von einem absoluten Egalitarismus die Rede sein, so daß die Faktoren zu benennen sind, die das Maß an Ungleichheit bestimmen.³² Einleitend wurde bereits darauf verwiesen, daß auch im Staatssozialismus Leistungsanreize für die Beschäftigten erforderlich waren. Es sollte nach der Arbeitsleistung verteilt werden. Darüber hinaus entstanden aber auch Einkommensunterschiede aus den vorhandenen Formen von „Arbeitsmärkten“, die sich darin zeigten, daß Betriebe bei besonderer Arbeitskräfteknappheit höhere Löhne zahlten, auch wenn das gegen die ihnen auferlegten Regeln und Festlegungen verstieß. Zudem waren die Einkommensspannen zwischen den Führungskräften in der Wirtschaft und den Arbeitern zwar mit 4-5:1 hoch, aber weit geringer als in westlichen Unternehmen. Das war nicht nur Ausdruck des latenten Egalitarismus, sondern auch der gänzlich anderen Funktion dieser Führungskräfte, die als Teil einer zentralen Wirtschaftslenkungsbürokratie arbeiteten, in der in letzter Instanz die herrschende Partei über die Besetzung der Positionen entschied.

Jenseits der traditionellen Einkommensunterschiede zwischen Schichten, Regionen, Städten oder Branchen wurden außerdem ausgewählten davon bevorzugt Einkünfte und Güter zugeteilt. In den staatssozialistischen Ländern war das nicht so sehr eine Folge der Tätigkeit von organisierten Interessengruppen, als vielmehr von Vertretern dieser Privilegierten in den höchsten Führungsgremien. In der Konsequenz wurden gleiche Arten von Arbeit unterschiedlich entlohnt. Janós Kornai vertritt die These, daß eine effiziente Marktwirtschaft über die Mobilität von Kapital und Arbeit die Einkommen für gleiche Tätigkeiten mehr vereinheitliche, als dies im klassischen Staatssozialismus der Fall war. Allerdings ist diese idealtypische Annahme noch empirisch zu verifizieren.

Des weiteren war ein Moment der Ungleichverteilung, daß es auch in den staatssozialistischen Ländern in sehr unterschiedlichem und insgesamt eher geringem Maße noch Einkommen aus Kapital (Zinsen, Mieten) oder privatem Eigentum an Produktionsmitteln gab. Überdies traten bei dem für diese Ökonomien typischen chronischen Mangel verschiedene Formen von grauen und schwarzen Märkten auf, die den Besitzern von knappen Gütern hohe Einkommen verschaffen konnten. Da die Ausgleichmechanismen von normalen Märkten fehlten, die in solchen Situationen für ein hohes Angebot sorgten, ergab sich die Möglichkeit, solche hohen Einkommen immer wieder – gewissermaßen als eine Extrarente – zu erzielen.

Neben diesen Ungleichheit hervorrufenden Faktoren wurden bei Verteilungsentscheidungen soziale Faktoren berücksichtigt. Die umverteilenden und mehr Gleichheit herstellenden Effekte eines Wohlfahrtsstaates waren auch in diesen Ländern zu beobachten. Allerdings blieben die Anteile der Wohlfahrtsmaßnahmen am Bruttosozialprodukt teils niedriger als in einigen westlichen Wohlfahrtsstaaten, was der Prioritätensetzung der politischen Führung geschuldet war.³³ Insgesamt dominierten jedoch – wie auch empirisch demonstriert – die egalitären Tendenzen, die vor allem darauf beruhten, daß das private Eigentum an Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft worden war.

32 Siehe zu dem folgenden auch: János Kornai, *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Oxford 1992, S. 324–328.

33 Solche Vergleiche sind aus mehreren Gründen problematisch. Siehe eine Näherung in: Kornai, *Socialist System*, S. 314.

Zusammenfassend können ungeachtet aller methodischen Probleme des Vergleiches folgende Ergebnisse festgehalten werden: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller betrachteten europäischen RGW-Länder blieb deutlich hinter der entwickelter westlicher Industrieländer zurück. Innerhalb des RGW wiesen nicht überraschend die DDR und die Tschechoslowakei das höchste Entwicklungsniveau auf. Relativ niedrig war die wirtschaftliche Gesamtleistung je Kopf in der Sowjetunion und Polen. Auch die Werte für Ungarn weisen ein relativ geringes Niveau aus, wobei dort aber die Gesamtleistung infolge des hohen Anteils der Schattenwirtschaft vermutlich unterschätzt wird. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft verhielten sich annähernd adäquat zu der Leistungsfähigkeit. Lediglich in Polen wiesen die Realeinkommen angesichts der relativ niedrigen Gesamtleistung je Kopf ein überraschend hohes Niveau auf. Tendenziell nahmen die Realeinkommen vor allem infolge hoher Inflationsraten in den siebziger und achtziger Jahren ab. Zudem blieben auch sie absolut hinter dem westlichen Einkommensniveau weit zurück. Gemessen an der erbrachten Wirtschaftsleistung waren die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten aber höher als in westlichen Ländern. Darüber hinaus konnte gezeigt werden, daß im Vergleich zu westlichen Ländern in den staatssozialistischen Ländern die Industriearbeiter gegenüber den Angestellten bevorzugt wurden. Insgesamt war die Ungleichverteilung in den staatssozialistischen tatsächlich geringer als in westlichen Ländern. Jedoch gab es auch zwischen den Ostblockstaaten deutliche Unterschiede, wobei in denen mit der höchsten Leistungsfähigkeit die Einkommen in der Regel auch am meisten gleich verteilt waren. Alles in allem bestätigen die statistischen Daten eine Reihe von gängigen Annahmen zu den Einkommen in den staatssozialistischen Ländern, andere Thesen sind wohl stärker zu differenzieren. Gleichwohl stehen alle diese Aussagen unter dem Vorbehalt der grundsätzlichen Unsicherheit bezüglich der Validität der vorliegenden Daten. Gerade auf diesem Feld sind weitere Forschungen unbedingt wünschenswert.